

ZUSAMMENFASSUNG DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 28. FEBRUAR 2024

Anwesend: Roger BEISSEL, Bürgermeister, Carlo HEUERTZ, Carlo RAUS Schöffen, Claude COURTOIS, Yves GAFFINET, Samantha HUTMACHER, Kim KARTHEISER, Luc MEYER, Claudio MONGELLI, Charles WIRTGEN, Räte.

Entschuldigt: Guy BINGEN (Rat)

1) Korrespondenz

Herr Beissel erklärt, dass es bezüglich der Korrespondenz nichts zu berichten gibt.

Er informiert, dass Herr Bingen für die heutige Sitzung entschuldigt ist. Er hat Herrn Gaffinet die Übertragung der Stimmrechtsvollmacht erteilt.

2) Schriftliche Fragen an den Schöffenrat.

Es wurden keine schriftlichen Fragen eingereicht.

3) Punktuelle Änderung des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) – „Erweiterung des Fußballplatzes“.

Herr Beissel erklärt, dass die Gemeinde Frisingen den Wunsch hat, den Fußballplatz zu vergrößern, was auch den Wunsch des Fußballvereins widerspiegelt. Bisher sei dies jedoch noch nicht möglich gewesen, da sich nicht alle betroffenen Parzellen innerhalb des Perimeters befänden. Er gibt diesbezüglich Erklärungen ab und informiert, dass dies eine Änderung des PAG erfordert.

Er weist darauf hin, dass sich in den Dokumenten, die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden, auch ein Bild befindet, auf dem zwei Fußballplätze eingezeichnet sind. Dies stamme aus einer Machbarkeitsstudie. Es handelt sich nicht um ein Projekt für einen neuen Fußballplatz. Diese Studie dient dazu, zu zeigen, warum diese Grundstücke benötigt werden. Wenn die Gemeinde einen angemessenen Fußballplatz und einen Trainingsplatz einrichten möchte, wird dieser Platz benötigt. Es muss auch ein kleiner Parkplatz vorhanden sein. Dieses Dokument wird an das Ministerium für innere Angelegenheiten weitergeleitet, um die Zustimmung zur Änderung des PAG zu erhalten.

Herr Courtois fragt, warum nicht direkt zwei große Fußballplätze geplant werden und merkt an, dass Fußballvereine in der Praxis nicht wirklich von kleinen Feldern profitieren würden, da die meisten Vereine auf großen Plätzen spielen. Er möchte

wissen, ob dies damit zusammenhängt, dass es nicht möglich ist, mehr Grundstücke in den Perimeter aufzunehmen.

Herr Beissel erklärt, dass zwei für große Plätze viele Grundstücke in den Perimeter aufgenommen werden müssen. Dieses Gebiet sei auch geschützt, was ebenfalls eine große Entschädigung bedeuten würde. Er fügt hinzu, dass es wichtig ist, einen angemessenen Fußballplatz zu haben. Der kleine Platz entspricht der Größe der Plätze, auf denen die Mannschaften der Kinderaltersklasse spielen. Ein solcher Platz reicht aus, da es auch Auswirkungen auf die Natur hat. Außerdem weist er darauf hin, dass das Projekt abgelehnt werden könnte, wenn es zu groß sei.

Herr Gaffinet fragt, wie lange es dauern wird, bis die verschiedenen Ministerien und Behörden ihre Zustimmung geben werden.

Herr Beissel antwortet, dass er diese Frage nicht direkt beantworten kann. Er berichtet, dass bei der Erstellung des PAG, Vertreter der verschiedenen Ministerien anwesend waren, von denen zwei den Teil mit dem Fußballplatz zurückstellten, sodass dieser absichtlich aus dem PAG ausgeschlossen wurde, mit dem Hintergedanken, sich Zeit zu lassen und einen Plan zu entwickeln, wie es die Machbarkeitsstudie zeigt. Nun, da ein konkreter Plan vorliegt, hofft er, dass es schneller gehen wird. Er gibt auch Erläuterungen zum Verfahren und geht davon aus, dass das Ganze mindestens zwei Jahre dauern wird.

Herr Gaffinet berichtet, dass die drei punktuellen Änderungen des PAG, die auf der Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung stehen, in der Bautenkommission behandelt wurden, wodurch bereits viele Informationen vorliegen. Er dankt Herrn Mongelli und dem Leiter des technischen Dienstes für die Erläuterungen.

Herr Mongelli bestätigt, dass die drei punktuellen Änderungen in der Bautenkommission behandelt wurden und dass die Mitglieder die Änderungen befürworten.

Herr Courtois fragt, ob die betroffenen Grundstücke der Gemeinde gehören oder ob sie noch erworben werden müssen.

Herr Beissel antwortet, dass nicht alle Grundstücke der Gemeinde gehören. Die Gemeinde hat den Eigentümer bereits kontaktiert. Es handelt sich um denselben Eigentümer, der Mondorf-les-Bains Grundstücke für den Bau des Velodroms verkauft hat. Er würde die Grundstücke in Aspelt gerne zum selben Preis verkaufen, was jedoch nicht möglich ist. Zu gegebener Zeit müsse man noch einmal mit dem Eigentümer sprechen und sehen, ob es nicht möglich sei, die Grundstücke zu tauschen.

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf zur punktuellen Änderung des grafischen Teils des allgemeinen Bebauungsplans für Grundstücke in Aspelt zu.

Abstimmung: einstimmig

4) Punktuelle Änderung des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) – „Geschützte Gebäudedimensionen“.

Herr Beissel erklärt, dass es sich nicht um eine Erweiterung handelt und dass diese Änderung nichts mit dem Perimeter zu tun hat. Sie betrifft vielmehr die Art und Weise, wie man bauen darf. Im PAG „Geschützte Gebäudedimensionen“ findet man eine große Anzahl alter Scheunen, die eine gewisse Breite haben, manchmal 10 bis 12 m, was für die Architekten Probleme mit den Lichtverhältnissen mit sich bringt. Die Vorschriften der Gemeinde erlauben es nicht, eine Art Terrasse zu bauen oder große Fenster einzubauen. Er nennt die Passagen, die geändert werden.

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf einer punktuellen Änderung des schriftlichen Teils des allgemeinen Bebauungsplans bezüglich der „Geschützten Gebäudedimensionen“ zu.

Abstimmung: einstimmig

5) Punktuelle Änderung des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) – „Goldbierchen“.

Herr Beissel erklärt, dass diese punktuelle Änderung mit den Grenzen des PAG zusammenhängt. Diese Grenzen werden an die Grenzen der Katastergrundstücke angepasst.

Herr Courtois merkt an, dass im April 2022 bereits über eine Änderung abgestimmt wurde und fragt, ob diese bereits in Kraft ist oder ob sie auch in der Änderung enthalten sei, die heute auf der Tagesordnung steht, da das Dokument, das er mit dem Auszug aus dem gültigen PAG erhalten hatte, aus der Zeit vor dem von 2022 stammt.

Herr Beissel erklärt, dass die Änderung von 2022 im Zusammenhang mit der Vergrößerung des Perimeters stand. Es habe Beschwerden über den Abstand bezüglich des PAG „Goldbierchen“ gegeben. Der Feldweg, der die Verlängerung des „Goldbierchen“ bilde, sei in den Perimeter aufgenommen worden. Die heute zu genehmigende Änderung betrifft die Grundstücke nebenan, bei denen festgestellt wurde, dass die Grenzen durch die Parzellen verlaufen.

Herr Courtois betont, dass es sich um einen grafischen Fehler in dem Dokument handelt, daher seine Frage. Im Zusammenhang mit einer Beschwerde in Bezug auf die drei Parzellen weist er darauf hin, dass es damals Diskussionen gab, weil die Änderung besagte, dass nur gebaut werden durfte, wenn eine einzige neue Wohnanlage mit den drei Parzellen geplant würde. Er möchte wissen, wo der Fall steht.

Herr Beissel antwortet, dass es sich um eine gerichtliche Angelegenheit handelt. Die Gemeinde ist für die Einrichtung des Perimeters verantwortlich und für den Rest müssen die Eigentümer sich untereinander einigen.

Der Gemeinderat beschließt, die punktuelle Änderung des grafischen Teils des allgemeinen Bebauungsplans in Bezug auf Grundstücke in Aspelt – „Um Goldbierchen“ zu genehmigen.

Abstimmung: einstimmig

6) Genehmigung eines Kostenvoranschlags „Austausch Straßenbeleuchtung“.

Herr Beissel informiert, dass der Kostenvoranschlag von 150.000€ (inkl. MwSt.) den Austausch der Straßenbeleuchtung (75 Lichtpunkte) in den folgenden Straßen betrifft:

- die „Péiter vun Uespelt-Strooss“ in Aspelt;
- die „Groussgaass“ in Aspelt;
- die „Schoulstrooss“ in Aspelt und
- der „Garerbiërg“ in Hellingen.

In Bezug auf die „Péiter vun Uespelt-Strooss“ fragt Herr Gaffinet, ob es sich dabei um den Teil zwischen der Hauptstraße (N3) und dem Schloss Aspelt handelt.

Herr Beissel bestätigt dies.

Der Gemeinderat beschließt, den Kostenvoranschlag für den Austausch der Straßenbeleuchtung in den Straßen „Garerbiërg“ in Hellingen und „Péiter vun Uespelt-Strooss“, „Groussgaass“ und „Schoulstrooss“ in Aspelt zu genehmigen, der sich wie vorgestellt auf 150.000€ inklusive Mehrwertsteuer beläuft.

Abstimmung: einstimmig

7) Genehmigung einer notariellen Urkunde.

Herr Beissel erklärt, dass das für 775.000€ erworbene Haus bald abgerissen werden soll, um die neue Schule zu bauen.

In Bezug auf den Abriss des Hauses möchte Herr Gaffinet wissen, ob es bereits einen genauen Zeitplan für die Durchführung dieses Vorhabens gibt.

Herr Beissel sagt, dass sich die Planung ständig ändert. Nach einem Treffen mit den Ingenieuren erklärt er, dass es drei Baustellen gleichzeitig geben wird. In der nächsten Woche wird die Baustelle neben dem Gemeindehaus beginnen. In ein paar Wochen werden die Arbeiten am Pfadfinderheim beginnen und es werden

auch die Häuser abgerissen. Der „Kiss & Go-Parkplatz“ wird verschwinden und die Bauarbeiten für die Straße, die um die Schule herumführen soll, werden beginnen. Derzeit sind die Ingenieure dabei, einen sicheren Weg für die Schüler zu planen. Sobald der Schöfferrat mit diesem Plan einverstanden ist, wird er in der Schule verteilt, um die Eltern der Schüler zu informieren. Es ist geplant, einen „Kiss & Go-Parkplatz“ entlang der „Robert Schuman-Strooss“ und eventuell auch in der Nähe der Kirche einzurichten. Es gibt auch Gespräche mit dem Lehrpersonal, um ihnen ihre Parkplätze zu garantieren.

Herr Gaffinet fragt, ob der „Kleederschaf“ bereits in seine neuen Räumlichkeiten umgezogen ist.

Herr Beissel bestätigt dies und erklärt, dass er ab nächsten Montag operational sein wird.

Im Zusammenhang mit den gleichzeitig stattfindenden Baustellen möchte Herr Courtois wissen, ob die Zufahrt zum Parkplatz der Sporthalle weiterhin möglich sein wird oder ob dieser geschlossen wird.

Herr Beissel erklärt, dass der derzeitige Weg zum Standort des Pfadfinderheims sowie die bestehenden Parkplätze beibehalten werden. Außerdem würden die Busse auch um den Schulcampus herumfahren, um die Schüler dort abzusetzen, und könnten dann über die „Robert-Schuman-Strooss“ wieder hinausfahren, weshalb diese Straße zuerst ausgebaut werden sollte. Außerdem wird mit Beginn der Bauarbeiten die Bushaltestelle beim Wasserturm verschwinden. Es wird genügend Stellplätze geben, um bei Veranstaltungen die Menschen unterzubringen.

Der Gemeinderat beschließt, die notarielle Urkunde bezüglich eines Wohnhauses mit Garten und Grundstücken in der „Robert Schuman-Strooss“ in Frisingen für einen Betrag von siebenhundertfünfundsiebzigtausend Euro (775.000€) zu genehmigen, die zu gemeinnützigen Zwecken realisiert wurde, d.h. mit dem Ziel, die bestehenden öffentlichen Infrastrukturen des Gemeindegebiets zu stärken und zu erweitern.

Abstimmung: einstimmig

8) Genehmigung eines Verkaufsvertrag.

Herr Beissel informiert, dass der Verkaufsgegenstand aus einem Gebäude besteht, das ein Mehrzweck- und Kulturzentrum „T'Scheier“ mit einem gemieteten Wohnhaus und all seinen im Kataster eingetragenen Zugehörigkeiten und Nebengebäuden umfasst. Die Fläche umfasst 26,32 Ar und das Gebäude für die Summe von 7.850.000€ erworben wird.

Herr Meyer erklärt, dass die CSV-Partei das Projekt geprüft hat und dass es sich ihrer Meinung nach um ein altes Gebäude handelt, dessen genauer Zustand noch

nicht bekannt sei und für das kein Energiepass vorgelegt werden konnte. Darüber hinaus wurde erwähnt, dass ein Darlehen aufgenommen werden muss, dessen Hälfte für den Erwerb des Gebäudes „T'Scheier“ benötigt wird. In den Augen der CSV-Partei wäre es vielleicht sinnvoller, das Geld für die Renovierung oder Modernisierung der bestehenden Gebäude der Gemeinde zu verwenden, was viel Geld sparen würde, da zu den Ausgaben für den Erwerb des Gebäudes „T'Scheier“ noch weitere Ausgaben hinzukommen, sei es für Renovierungen und für neue Installationen, die notwendig sind, um die Konformität auf den neuesten Stand zu bringen. Daher ist die CSV-Partei der Meinung, dass es nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Anschaffung ist, da das aktuelle Budget dies nicht zulässt, ohne dass zukünftige Generationen bei neuen Investitionen behindert werden. Vielleicht wäre es besser, die bestehenden Mehrzweckzentren auf den neuesten Stand zu bringen oder die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um in Zukunft Energie sparen zu können.

Herr Gaffinet merkt an, dass das Gebäude, wenn er es richtig verstanden hat den Vereinen zur Verfügung gestellt werden könne, oder was ist der Zweck des Erwerbs dieses Objekts. Das Gebäude umfasst unter anderem einen kleinen Saal, größere Räume und ein Restaurant. Er fragte, ob es das Ziel sei, einen Mieter zu finden, der das verwaltet, ob das Ganze in die Vermietung gehen würde oder ob es in die Richtung eines sozialen Projekts gehen wird. Bisher sei nur gesagt worden, dass der Platz für die Rentnerfeier geeignet sei bzw. den Vereinen zur Verfügung gestellt werde. Er möchte wissen, was der Zweck dieses Erwerbs ist.

Herr Beissel erklärt, dass sich das Gebäude in der Mitte des Dorfes in der Nähe des Schlosses von Aspelt und der Kirche befindet. Die Gemeinden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass es Treffpunkte gibt. In der Gemeinde Frisingen gibt es noch einige Restaurants und Bistros. Auch andere Gemeinden erwerben Restaurants und Bistros und nennt als Beispiel die Gemeinde Mondorf-les-Bains. Bei den Gesprächen über die Nutzung des Gebäudes war die erste Überlegung, so schnell wie möglich einen Pächter zu finden, der das Restaurant wie bisher betreiben kann, eventuell mit der Einschränkung, dass es nur für eine von der Gemeinde organisierte Veranstaltung genutzt werden darf. So kann die Gemeinde das Lokal zu einem guten Preis nutzen.

Was das Haus betrifft, so ist dieses vermietet und wird es auch noch eine Weile bleiben. Danach wird es möglich sein, dort Sozialwohnungen einzurichten. Der Parkplatz kann bei Veranstaltungen, die im Schloss in Aspelt, im Mehrzweckzentrum usw. stattfinden, genutzt werden. Es wird ein öffentlicher Parkplatz werden. Was den Garten betrifft, so muss man sehen, ob er für ein biologisches Projekt genutzt wird oder ob er für Sozialwohnungen genutzt wird. Das Gebäude „T'Scheier“ ist auch im Wohnungspakt 2.0 enthalten, in dem festgelegt ist, dass es die Möglichkeit gibt, Subventionen zu erhalten, was auch beim Erwerb dieses Gebäudes berücksichtigt wurde. Für den Bau von Sozialwohnungen kann ein Zuschuss von bis zu 75% gewährt werden. Für ein Kulturzentrum und eine Restauration können ebenfalls Zuschüsse vorgesehen

werden. All diese Überlegungen wurden bei der Ausarbeitung des Wohnraumpakts 2.0 berücksichtigt.

Herr Gaffinet sagt, dass es sich im Rahmen des Wohnungspakts 2.0 um eine kleine Summe handelt. Ein Teil davon soll auch für die Kommunikation verwendet werden, um die Bevölkerung zu informieren. Es wäre interessant, in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen über den Betrag informiert zu werden, der im Rahmen des Gebäudes „T'Scheier“ über den Wohnungspakt 2.0 erhalten werden könnte.

Herr Beissel antwortet, dass Herr Gaffinet Mitglied der Bautenkommission sei, wo das Thema ebenfalls diskutiert werden könnte.

Herr Gaffinet erklärt, dass es um die Zahlen gehe, damit diese genannt würden, damit die Leute konkret wüssten, welche Zuschüsse man nur über den Pakt für Wohnen 2.0 erhalten könne.

Herr Beissel informiert, dass die Ministerien nicht genau sagen können, wie hoch der Zuschuss sein wird, daher sei es ihm nicht möglich, eine Übersicht mit den Zuschüssen zu erstellen.

Herr Gaffinet merkt an, dass der Erwerb dieses Gebäudes vollständig durch Darlehen finanziert werden muss. Außerdem handelt es sich um ein altes Gebäude. In einer Diskussion war angedeutet worden, dass mit dem Bau eines neuen Gemeindehauses viel Energie eingespart werden könnte, doch nun wird ein altes Gebäude erworben, das nicht energieeffizient ist. Man darf nicht vergessen, dass noch weitere Investitionen getätigt werden müssen, insbesondere für Renovierungen. Außerdem erstreckt sich das Darlehen über 30 Jahre, was sich auf die nächsten fünf Legislaturperioden auswirken wird.

Die LSAP-Partei stellt sich auch die Frage, aus welchem Grund dieses Objekt nicht das Interesse eines privaten Investors geweckt hat. Es ist bekannt, dass das Gebäude unter Denkmalschutz steht und die Schablone geschützt ist, und dass der geforderte Preis für einen privaten Investor nicht interessant war. Nun ist es die Gemeinde, die es kaufen wird.

In Aspelt gibt es bereits ein Kulturzentrum. Wenn der Bau der neuen Schule in Frisingen fertiggestellt ist und die alte Schule erneuert ist, werden die Frühförderung-Struktur und die Maison relais wieder an den Standort Frisingen verlegt. Außerdem ist ein Feuerwehrhaus geplant, so dass man über ein Objekt verfügen wird, das mittelfristig nicht in 2 bis 3 Jahren, sondern erst in 5 bis 10 Jahren verfügbar sein wird und eine große Fläche bietet, die umgebaut und der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden kann.

Es gibt auch das Schloss in Aspelt, das, wie bereits erwähnt, nicht täglich bewirtschaftet wird, was jedoch der Fall sein sollte, damit ein solches Objekt rentabel ist. Es ist auch geplant, eine Person für die Öffentlichkeitsarbeit

einzustellen, und er nimmt an, dass dies auch dazu dient, das Kulturprogramm voranzutreiben. Das kostet zwar auch Geld, ist aber eine bessere Investition.

Mit dem Erwerb des Gebäudes „T'Scheier“ wird es in Aspelt drei Kulturzentren geben, außerdem soll ein Seniorentreffpunkt gebaut werden, was zu einem großen Ungleichgewicht zwischen den Dörfern führt, insbesondere gegenüber Hellingen, das über ein sehr altes Kulturzentrum und das Kulturhaus verfügt. Im Koalitionsvertrag wird die Linster-Stiftung erwähnt und es ist zu hoffen, dass Hellingen etwas bekommen wird.

Wenn es dann regelmäßig Veranstaltungen im Kulturzentrum, im Schloss oder im Gebäude „T'Scheier“ gibt, könnte das nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch in Form von Lärm sehr viel werden.

In der Finanzkommission wurde das Argument genannt, dass man den Charakter des Dorfzentrums erhalten wolle und, dass die Gemeinde das Gebäude auch aus diesem Grund erworben habe. Eine Gemeinde hat viele Möglichkeiten, dies zu erhalten. Der PAG definiert klar was getan werden kann. Es sollte auch geklärt werden, welche Art von Bistro gewünscht wird. In den letzten 20 bis 25 Jahren hat es mindestens dreimal seinen Charakter geändert. Die Argumente, die für den Kauf eines solchen Objekts angeführt werden, sind interessant, wenn man 20 Mio. € auf dem Konto hätte, was aber nicht der Fall ist, was sich auf die nächsten Generationen auswirken wird. Für die LSAP-Partei sind die Prioritäten falsch gesetzt. Die Entscheidung, die getroffen wird, wird Folgen haben, darunter höhere Schulden, zusätzliche Wartungsarbeiten, Renovierungen usw. Dies ist keine fundierte Entscheidung. Die LSAP-Partei wird gegen den Verkaufskompromiss stimmen.

Herr Beissel rät, sich nur zu enthalten. Er erinnert daran, dass die LSAP-Partei für den Wohnungspakt 2.0 gestimmt habe, in dem ebenfalls das Gebäude „T'Scheier“ enthalten war. Manchmal müsse man politisch ausgerichtet sein. Eine Gegenstimme würde bedeuten, dass der Wohnungsbaupakt nicht gelesen wurde.

Herr Gaffinet merkt an, dass das Dokument zum Wohnungspakt etwa 25 Seiten umfasst, von denen das Gebäude „T'Scheier“ nur einer von vielen Punkten ist. In diesem Dokument gebe es viele interessante Punkte. Er wies darauf hin, dass er eine andere Meinung als Herr Beissel habe.

Herr Beissel erwähnt, dass die LSAP-Partei auch gegen den Haushalt gestimmt habe, der gute Punkte enthalten habe, aber beim Wohnungsbaupakt, der auch gute Punkte enthalten habe, habe die Partei dafür gestimmt und betont, dass sie politisch nicht auf dem richtigen Weg sei.

Herr Gaffinet möchte keine weiteren Anmerkungen machen.

Herr Beissel betont, dass Herr Gaffinet viele Dinge genannt hat. Der Schöffenrat ist sich bewusst, dass das Kulturzentrum in Hellingen alt ist und dass Dacharbeiten vorgesehen werden müssen. Bis zur Fertigstellung der Feuerwache

wird es noch einige Zeit dauern und könnte sich noch 5 bis 10 Jahre hinziehen. Was die Ortschaft Hellingen betrifft, so werden demnächst im Gemeinderat Ideen zur Linster-Stiftung vorgeschlagen. Der Wasserturm in Hellingen wird im September eingeweiht. Er betont deutlich, dass Hellingen nicht vergessen wird.

Herr Beissel informiert, dass der Kompromiss im Finanzausschuss diskutiert und argumentiert worden sei.

Der Gemeinderat beschließt, den Verkaufskompromiss bezüglich des Gebäudes „T'Schéier“ zu genehmigen.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen / 4 Nein-Stimmen

9) Bestätigung von zwei temporären Verkehrsordnungen.

- Herr Beissel erklärt, dass die erste temporäre Verkehrsordnung die „Haffstrooss“ betrifft und gibt Erklärungen zu den Bauarbeiten und betont, dass diese während dieser Zeit für den Verkehr gesperrt bleibt, außer für den Bus.

Herr Gaffinet erkundigt sich, ob die Sperrung Auswirkungen auf den Verkehr an der Kreuzung der Nationalstraßen in Aspelt hat.

Herr Beissel sagt, dass er darauf keine Antwort geben kann. Das hängt von den Tagen ab. Es ist klar, dass die Bewohner der „Haffstrooss“ verkehrstechnisch ruhiger sind. Er glaubt nicht, dass der Anstieg der Autos auf der Hauptstraße Auswirkungen hat.

Der Gemeinderat bestätigt die vorübergehende Verkehrsregelung für die „Haffstrooss“ in Frisingen im Rahmen der Verlegung eines neuen Stromnetzes und des Anschlusses der Häuser an das neue Netz.

Abstimmung: einstimmig

- Herr Beissel informiert, dass die zweite temporäre Verkehrsordnung sich auf die Arbeiten in der „Crauthemerstrooss“ und in der „Wisestrooss“ in Hellingen bezieht.

Der Gemeinderat bestätigt die temporäre Verkehrsregelung für die „Crauthemerstrooss“ und die „Wisestrooss“ in Hellingen im Rahmen der von CREOS durchgeführten Arbeiten.

Abstimmung: einstimmig

10) Aufnahme eines Darlehens.

Herr Beissel informiert, dass das Darlehen 2023 im berichtigten Haushalt 2023 mit der Begründung und dem Argument beibehalten wurde, dass es zu Beginn des Jahres 2024 in Anspruch genommen werden kann. Es handelt sich um ein Darlehen in Höhe von 16.500.000€. Es wurden Angebote von verschiedenen Banken eingeholt. Diese Angebote wurden von der Haushalts- und

Finanzkommission analysiert, die dem Schöffenrat und dem Gemeinderat vorschlägt, das Darlehen bei der Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat (BCEE) aufzunehmen.

Herr Courtois begrüßt die Tatsache, dass in diesem Fall die Stellungnahme der Haushalts- und Finanzkommission eingeholt wurde und erinnert daran, dass in der Vergangenheit dem Schöffenrat vorgeworfen wurde, nicht auf die Stellungnahme der Kommissionen zurückzugreifen.

Herr Beissel betont, dass in der Vergangenheit kein einziger Kredit aufgenommen worden ist. Wenn dies der Fall gewesen wäre, wäre die Stellungnahme der Haushalts- und Finanzkommission eingeholt worden.

Herr Courtois merkt an, dass die Kommission bei großen Projekten nicht konsultiert worden ist und dass einige Personen sogar überlegt hatten, auszutreten.

Was das Darlehen an sich betrifft, so begrüßt die CSV-Partei nicht, wie bereits in der Haushaltsdiskussion erwähnt, dass dieses über einen Zeitraum von 30 Jahren aufgenommen wurde. Wie bereits von Herrn Gaffinet erwähnt, werden die nächsten fünf Schöffenräte und Gemeinderäte diese Ausgaben im Haushalt bewältigen müssen. Ein zweiter Kritikpunkt ist die Tatsache, dass ein großer Teil dieses Darlehens für den Erwerb des Gebäudes „T'Scheier“ verwendet wird. Die CSV-Partei ist nicht damit einverstanden, dass ein solches Gebäude über ein Darlehen erworben wird und wird daher nicht dafür stimmen.

Herr Beissel erklärt, dass ihnen sogar von Seiten des Ministeriums geraten worden ist, das Darlehen über 30 Jahre aufzunehmen. Der Haushalt sei vom Ministerium für innere Angelegenheiten ohne Anmerkungen genehmigt worden. Da die Zinsen hoch sind und die Kreditaufnahme hoch ist, wird die Gemeinde aufgefordert, ein langfristiges Darlehen aufzunehmen, um den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen nicht einzuschränken. Wenn das Darlehen in Höhe von 16.500.000 € über 20 Jahre aufgenommen worden wäre, hätte diese Rückzahlung den Haushalt zu sehr belastet. Er erwähnt jedoch, dass die CSV-Partei das Recht hat, nicht für das Darlehen zu stimmen.

Der Gemeinderat beschließt, ein Darlehen in Höhe von 16.500.000€ aufzunehmen.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen (Är Equipe, DP)

4 Nein-Stimmen (CSV, LSAP)

11) Abschaffung der Verwaltungsgebühren.

Herr Beissel informiert, dass der Schöffenrat aufgrund eines Vorschlags des „Biergercenter“ vorschlägt, die folgenden Gebühren in Höhe von 5 € abzuschaffen, und zwar im Hinblick auf eine Verwaltungsvereinfachung:

- Beantragung eines Personalausweises;
- Beantragung eines Reisepasses;
- An- und Abmeldung;
- Anmeldebescheinigung für Unionsbürger und Staatsangehörige gleichgestellter Länder;
- Bescheinigung „konforme Kopie“;
- Empfangsbescheinigung „Hundeanmeldung“;

Herr Courtois begrüßt diese Initiative und teilt die Meinung von Herrn Beissel in Bezug auf die Verwaltungsvereinfachung.

Der Gemeinderat beschließt, die oben genannten Verwaltungsgebühren mit sofortiger Wirkung abzuschaffen.

Abstimmung: einstimmig

12) Schaffung eines Postens „Gemeindeangestellter“.

Herr Beissel informiert, dass das Thema einer besseren Kommunikation in der Vergangenheit bereits mehrfach angesprochen wurde, insbesondere in der Sitzung vom 27. September 2023, in der Herr Gaffinet die Einrichtung einer entsprechenden Kommission vorschlug, sowie in der Sitzung vom 28. Oktober 2023. Nunmehr soll ein Posten für einen Gemeindeangestellter geschaffen werden, der der Abteilung „Services Relations publiques“ zugewiesen wird, was auch die Kommunikation zwischen der Gemeinde und der Bevölkerung verbessern wird.

Herr Gaffinet merkt an, dass die LSAP-Partei die Schaffung einer solchen Stelle begrüßt. In Bezug auf die angesprochene Kommission betont er, dass die Überlegung dahinter sei, über ein bis zwei Jahre hinweg Ideen von außen zu sammeln. In der Gemeinde leben viele Menschen, die in verschiedenen Bereichen aktiv sind, und es könnte auch in Betracht gezogen werden, die Vereine anzusprechen. Es muss nicht unbedingt eine Kommission sein. Es könnte an ein bis zwei Abenden stattfinden, an denen die Bevölkerung zusammenkommt, um herauszufinden, was die Bürger/innen von der Gemeindeverwaltung in Bezug auf Kommunikation erwarten und wie man das Ganze erleichtern kann. Er zitiert ein Beispiel, wo er einen Flyer in einem anderen entdeckt hat und fast eine Anmeldefrist verpasst hätte.

Eine Befragung der Bevölkerung und der Vereine wäre eine gute Übung, die man gemeinsam durchführen könnte.

Herr Courtois fragt, ob die Person, die eingestellt wird, sich auch um den „Gemeengebuet“ kümmern wird, damit dieser wieder regelmäßig erscheinen kann.

Herr Beissel informiert, dass die Person in das Team der Abteilung „Service Relations publiques“ integriert werde. Die Person, die für die Erstellung der Gemeindeberichte zuständig war, befand sich im Mutterschaftsurlaub und hat derzeit eine Teilzeitstelle von 40%. Die Erstellung der Berichte erfolgt durch das Sekretariat. Die Ausarbeitung des „Gemeengebuet“ wurde bereits in Angriff genommen. Die Einstellung der neuen Person wird ein schnelleres Vorankommen ermöglichen. Zurzeit wird ein Magazin mit verschiedenen Veranstaltungen, insbesondere der Einweihung des neuen Rathauses, erstellt, das demnächst zum Druck verschickt wird.

Bezüglich der Aussage von Herrn Gaffinet, informiert Herr Beissel, dass man sich mit den Vereinen zusammensetzen könnte und betont, dass in verschiedenen Kommissionen bereits Überlegungen zu den Flyern angestellt wurden. Sobald der Dienst eingerichtet ist, können die Daten gesammelt werden. Wenn es danach noch Verbesserungsbedarf gibt, kann ein Treffen bzw. eine Art Arbeitsgruppe in Betracht gezogen werden.

Herr Meyer fragt, warum die Schaffung dieses Postens einen Gemeindeangestellten und nicht einen Beamten vorsieht.

Herr Beissel erklärt, dass Personen mit Kenntnissen und Fähigkeiten in diesem Bereich nicht unbedingt in einer Gemeindeverwaltung gearbeitet haben. Die Schaffung einer Stelle für einen Gemeindeangestellten bietet eine größere Chance, eine kompetente Person zu finden.

Der Gemeinderat beschließt, eine neue Stelle für einen Gemeindeangestellten zu schaffen.

Abstimmung: einstimmig

13) Schaffung eines Postens „Gemeindebeamter“.

Herr Beissel berichtet, dass auf Anfrage des technischen Dienstes, um Unterstützung auf administrativer Ebene zu erhalten, eine Stelle als Gemeindebeamter geschaffen werden soll.

Herr Courtois möchte wissen, ob es sich um eine andere Stelle handelt als die, die bereits in der Vergangenheit erwähnt wurde und bei der es um einen Umweltberater ging.

Herr Beissel erklärt, dass die Gemeinde über Personen verfüge, die sich um den Bereich des Naturparks und der Umwelt kümmern, und man hoffe, dass mit der eingestellten Person auch verschiedene Dinge umgesetzt werden können, insbesondere die Erstellung von Statistiken, die bereits im Gemeinderat angefordert wurden und künftig nach außen kommuniziert werden können. Sollte

die Schaffung dieser Stelle noch nicht ausreichen, könnte ein ökologischer Dienst in Betracht gezogen werden.

Der Gemeinderat beschließt, eine Stelle unter dem Statut des Gemeindebeamten zu schaffen.

Abstimmung: einstimmig

14) Vorverkaufsrecht.

Herr Beissel erklärt, dass es sich um zwei Grundstücke handelt, die in „Kierfechstrooss“ in Aspelt eingetragen sind. Da die Gemeinde kein Interesse daran hat, diese Grundstücke zu erwerben, schlägt er vor, auf das Vorkaufsrecht zu verzichten.

Der Gemeinderat beschließt, auf das Vorkaufsrecht für die Grundstücke am Ort „Kierfechstrooss“ in Frisingen, Sektion A von Aspelt Nr. 32/5793 mit einer Fläche von 1 Centiare und Nr. 32/5794 mit einer Fläche von 7 Aren 79 Centiare zu verzichten.

Abstimmung: einstimmig

15) Vorstellung des mehrjährigen Finanzplans („plan pluriannuel financier“ PPF) 2024.

Herr Beissel stellt kurz den mehrjährigen Finanzplan für das Jahr 2024 vor und gibt Erklärungen zum ordentlichen Haushaltergebnis, zum Finanzergebnis und zum Überschuss sowie zu den außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben und zur Kreditaufnahme.

Herr Courtois betont, dass er den PPF 2023 mit dem PPF 2024 verglichen hat und festgestellt hat, dass die außerordentlichen Ausgaben von +/- 95 Mio. € auf +/- 62 Mio. € gesunken sind. Er fragt, ob einige Projekte verlängert oder sogar zurückgezogen wurden. Er fragt sich, woher die Differenz von +/- 30 Mio. € kommt.

Herr Beissel erklärt, dass für einige Projekte die Abrechnung bereits erfolgt ist und andere Projekte verlängert worden sind.

Herr Gaffinet merkt an, dass der PPF 2023 vollständiger gewesen ist als der PPF 2024, da die Tabelle Zahlen für alle Jahre enthalten hat. Er weiß, dass dieses Dokument erstellt werden muss, aber er glaubt nicht, dass es etwas nutzt.

Herr Beissel erklärt, dass es dem Schöffenrat immerhin einen Überblick über die nächsten 3 bis 4 Jahre ermöglicht, insbesondere was die außerordentlichen Einnahmen betrifft.

Herr Gaffinet betont, dass das Dokument interessanter wäre, wenn es auch eine Liste mit allen Projekten beinhalten würde.

16) Mündliche Fragen an den Schöfferrat.

Herr Gaffinet merkt an, dass der „Bicherbus“, der nach Aspelt fährt, derzeit an der entlang der Straße, die nach Altwies führt, parkt. Er findet diesen Standort nicht sehr sicher, insbesondere aufgrund der Anzahl der dort geparkten Fahrzeuge, und fragt, ob es nicht möglich wäre, den Bus an einen anderen Ort zu verlegen, z. B. in die Nähe des Schlosses von Aspelt oder in die Nähe der alten Schule. Er ist der Meinung, dass der derzeitige Standort nicht gut ist und fragt, ob eine bessere Lösung in Betracht gezogen werden könnte.

Herr Beissel antwortet, dass der Schöfferrat gute Lösungen habe. Er weiß nicht, wie der Verantwortliche für den „Bicherbus“ arbeitet, da er überall E-Mails hinschickt und sich darüber beschwert, dass niemand in der Gemeinde verfügbar ist. Es sei aber immer jemand im Büro anwesend, man müsse nur die Gemeinde über die Telefonzentrale kontaktieren und darum bitten, mit einem Mitglied des Schöfferrates sprechen zu können. In einem nächsten Schritt werde er selbst den Verantwortlichen für den „Bicherbus“ kontaktieren. Dieses Problem wird gelöst werden.

Herr Courtois weist darauf hin, dass es jetzt eine „Bicherbox“ in der Nähe des neuen Gemeindehauses gibt, und vermutet, dass diese bald in Betrieb gehen wird. Er möchte wissen, ob diese die „Bicherbox“ am alten Gemeindehaus ersetzen oder ergänzen wird. Falls die alte „Bicherbox“ ersetzt werden sollte, könnte man in Betracht ziehen, sie entweder in Aspelt oder Hellingen bzw. an einem anderen Ort aufzustellen, damit sie weiter genutzt werden kann.

Herr Beissel informiert, dass die „Bicherbox“ beim neuen Gemeindehaus bald fertiggestellt sein wird. Er nutzt auch die Gelegenheit, der Person, die sich um die „Bicherbox“ kümmert, für ihre gute Arbeit zu danken. Die „Bicherbox“ beim alten Gemeindehaus wird in Betrieb bleiben, da sie sich an einem sehr guten Standort befindet und die Gemeinde dann über zwei „Bicherboxen“ verfügen wird. Es sollte geprüft werden, ob eine „Bicherbox“ in Hellingen oder Aspelt aufgestellt werden könnte, da es dann auch eine Person bräuchte, die sich darum kümmert. Ein Informationsblatt wird an die Bevölkerung verteilt werden bzw. eine Mitteilung auf der Website der Gemeinde publiziert werden, um über die Funktionsweise zu informieren.